

Haushaltsrede 2023

FWG Fraktion

Tanja Mester

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrter Beigeordneter,
werte Ratskolleg*innen und Vertreter*innen der Verwaltung sowie der Eigenbetriebe,
liebe Zuhörer und Pressevertreter,

die Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres sind noch nicht vergessen. Ein von der ADD auferlegter Sparkurs und damit einhergehend die Anhebung der Grundsteuer-Hebesätze um mehr Einnahmen zu generieren, sind noch sehr präsent.

Die finanzielle Belastung vieler Bürgerinnen und Bürger ist dadurch nicht unwesentlich gestiegen.

Damals konnten wir noch nicht ahnen, welche Mehrbelastungen die politischen Entwicklungen des Jahres 2022 für die Bürger zusätzlich mit sich bringen werden. Mehrbelastungen - nicht nur für die privaten Haushalte. Auch unser städtischer Haushalt steht vor neuen Herausforderungen. Umso bemerkenswerter deshalb der jetzige Haushaltsentwurf, der im prognostizierten Endergebnis eine schwarze Zahl aufweist. Für die Abteilung Finanzen stellte der Entwurf sicherlich eine Herkulesaufgabe dar. Dafür möchte ich im Namen der FWG Fraktion unseren Dank aussprechen.

Jedoch wollen wir uns von dem scheinbar positiven Ergebnis nicht blenden lassen. Immer neue Gesetze legen den Kommunen neue Pflichtaufgaben auf, deren Bewältigung nicht vom Land oder Bund refinanziert werden. Die außergewöhnlich hohe Inflationsrate lässt nicht nur Baukosten explodieren. Die avisierte positive Bilanz wird abermals ins Wanken geraten.

Schauen wir uns den Investivhaushalt an:

Anschaffungen für unsere Feuerwehr, Sanierungsmaßnahmen an Schulen, Digitalisierung in der Verwaltung, Investitionen in den Bevölkerungsschutz, die sich einerseits aus den Lehren der Flutkatastrophe und andererseits als Folge des Angriffskrieges auf die Ukraine ergeben dominieren. Die Errichtung eines neuen städtischen Wohnheims und der Bau sowie die Ertüchtigung von Kindertagesstätten schlagen zu Buche. Wenige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, wie der Umbau des Knotenpunktes der L523 / Wilhelm-Hauff-Straße und der Kreisel an der Kreuzung Franken-/ Benderstraße können den vorherrschenden Investitionsstau nur geringfügig mildern.

Dies alles sind notwendige Investitionen, eigentlich längst überfällige Investitionen.

Doch wo bleibt das Schöne, das Wünschenswerte, das, was eine Stadt liebens- und lebenswert macht?

Der Umbau des Museums, die Sanierung der Laufbahn im Ostparkstadion und die Ertüchtigung des Basketballplatzes an der Benderstraße könnten in diese Kategorie fallen, wenn man ein attraktives und vielfältiges Sport- und Bewegungsangebot nicht ohnehin als Pflichtaufgabe wertet.

Und dann ist da noch unser Lechturmprojekt!

ZOB und Bahnhofsvorplatz. Fast mag ich es als das Frankenthaler Stuttgart 21 bezeichnen. Bereits in unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2009 galt dies als ein immens wichtiges und auch stets umstrittenes Projekt. Immerhin – erste Abrissmaßnahmen sind erledigt, die Kampfmittelsondierung steht an. Erste Schritte, die erahnen lassen, dass das, was von uns fast nicht mehr geglaubt wurde, nun in die Tat umgesetzt wird.

Unser neues Entrée. Frankenthaler Dreh- und Angelpunkt.

Dort, wo wir unsere Gäste begrüßen möchten.

Dort, wo wir unseren Arbeitsweg klimaschonend antreten können.

Dort, wo digitale Systeme uns künftig den Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr erleichtern sollen.

Ein Platz der Begegnung mit Aufenthaltsqualität soll entstehen. Neues urbanes Flair in unserem Frankenthal. Zeitgleich eine Verkehrsberuhigung, die den schwachen Verkehrsteilnehmern ein sichereres Ankommen bieten soll.

Wir freuen uns drauf! Wenngleich mit Wehmut. Die lange Verzögerung des Projektes bedeutet für den städtischen Haushalt eine deutliche Mehrbelastung – abgesehen von den zugesagten Landeszuschüssen.

Doch dieses Projekt – Umbau ZOB und Bahnhofsvorplatz – ist erst der Anfang. Es sollte ein Projekt mit Strahlkraft werden. Der Grundstein für die Mobilitätswende, wofür in Frankenthal noch immense Investitionen anstehen werden.

Wie kann unser ÖPNV attraktiver werden, um die Straßen zu entlasten, Ressourcen zu schonen, weniger Parkraum zu benötigen. Unser lückenhaftes und marodes Radwegenetz muss endlich ausgebaut und ertüchtigt werden. Gleichberechtigung im Verkehrsraum ist hier ein wichtiges Thema. Gerade vor wenigen Tagen war es mir nicht möglich, den Fahrrad-Angebotsstreifen in der Mörscher Straße zu nutzen, da fast ein Dutzend PKW beim Warten an der Ampel den Streifen blockierten. Nur im Miteinander und bei gegenseitiger Rücksichtnahme kann eine gleichberechtigte Nutzung des Verkehrsraumes gelingen.

Der Ausbau der E-Ladeinfrastruktur und mehr Carsharing sind weitere Elemente der Verkehrswende, die wir in Frankenthal umsetzen müssen.

Die Grundsätze, die für die Mobilitäts- und Verkehrswende gelten, können auch für die Wohnraumentwicklung gelten. Hierbei geht es um gemeinsam genutzte öffentliche Flächen (z.B. Urban Gardening), eine gute Infrastruktur (z.B. Glasfaseranbindung, dezentrale und klimaneutrale Energieversorgung, Regenwasserspeicher zur Brauchwassernutzung usw.), weniger Flächenverbrauch durch Innenentwicklung, Konversion ehem. Industrieflächen und Geschosswohnungsbau.

In diesem Bereich beginnt der Prozess des Umdenkens in Frankenthal viel zu zögerlich. Hier braucht es eine treibende Kraft an der Verwaltungsspitze mit Mut, neue Wege zu gehen. Ideen müssen den Bürgern transparent dargestellt werden. Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung müssen gelebt werden und selbstverständlich sein. Das vermissen wir!

Lieber verliert man sich im Klein-klein von Vorschriften und Regelungen, versucht auch noch die Allerletzte Eventualität auszuschließen. Bauträger verlieren das Interesse, Projekte in Frankenthal zu verwirklichen, da sich Genehmigungsprozesse unsäglich in die Länge ziehen. In unserer Nachbarstadt Ludwigshafen gibt es in fast jedem Ortsteil größere Wohnbauprojekte, hier in Frankenthal stagniert der Wohnungsbau. Woran das wohl liegen mag?

Das Scheitern des „Goethe-Quartier“ ist hier beispielhaft. Mangelnde Vermittlung zwischen den Interessen der Bürger und der Projektgruppe führte dazu, dass die Projektgruppe von ihrem Herzensprojekt Abstand genommen hat und vielleicht nun andernorts investiert. Äußerst schade, handelte es sich hierbei aus unserer Sicht doch um ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Bauvorhaben, zudem noch in fußläufiger Reichweite unseres Bahnhofs.

Man sollte sich das Scheitern zu Herzen nehmen und daraus für künftige Vorhaben Lehren ziehen.

Hoffnung, dass bald ein Bauprojekt in Frankenthal ins Rollen kommt, macht der Abriss des ehemaligen real Gebäudes. Hier kann ich als Bürger in den letzten Wochen täglich Fortschritte erkennen. Das macht Mut. Dass endlich was vorangeht in Frankenthal!

Für künftige Bauprojekte müssen wir uns über neue, kostengünstigere und gleichzeitig energieeffiziente Wohnformen Gedanken machen. Nur dies ermöglicht es uns, auch bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Es muss darüber diskutiert werden, wie viel Wachstum Frankenthal angesichts der Krisensituation, der steigenden Rohstoffpreise und der Zinsentwicklung über die schon bislang beschlossenen Baugebiete hinaus tatsächlich benötigt. Zudem darf Frankenthal nicht zur „Schlaf- und Pendlerstadt für die umliegenden Großstädte werden!

Frankenthals Innenstadt muss lebendig und lebenswert bleiben. Wir alle sehen mit Sorge schließende Geschäfte, rückläufige bzw. sich ändernde gastronomische Angebote und wachsenden Leerstand.

Die Sorgen der Bürger und Anwohner sowie der Geschäftsleute werden zusehends größer, da viele - früher beliebte - Plätze und Straßenzüge in der Innenstadt mit Einbruch der Dämmerung gemieden werden, weil diese aufgrund des ungepflegten Zustands, der baulichen Gegebenheiten und der Ruhestörungen Unsicherheiten und Verärgerung auslösen, die Lebenszufriedenheit mindern und Kriminalität begünstigen. Medienberichte über Kriminalität tragen zusätzlich zu diesem subjektiven Unsicherheitsgefühl bei. Parkverstöße, Ruhestörungen und zunehmende Vermüllung beeinträchtigen die Lebens- und Aufenthaltsqualität.

Hier sind wir alle gemeinsam gefordert, Maßnahmen zum Gegensteuern zu erarbeiten. Das subjektive Sicherheitsgefühl unsere Bürger muss bspw. durch mehr Präsenz der Ordnungsbehörde gestärkt werden. Sowohl aktiv wie auch präventiv.

Wir müssen allen Bevölkerungsgruppen ausreichend und den Bedürfnissen entsprechenden Raum gewähren. Hier meine ich insbesondere die Jugendlichen, die vielerorts keine Rückzugsort haben und überall dort, wo sie sich niederlassen, dann abgewiesen werden. Weil sie Musik hören, lärmern, ihren Müll hinterlassen. Aber die junge Generation braucht einen Rückzugsort außerhalb des Elternhauses, um sich unbeobachtet zu bewegen, sich auszuprobieren, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen, soziales Miteinander zu lernen.

Die Gesellschaft darf hier nicht mit dem Finger auf die „Jugend“ zeigen und alle über einen Kamm scheren. So lösen wir keine Probleme, so schaffen wir neue Probleme.

Im Bereich der Bildung ächzt Frankenthal unter den gesetzlichen Vorgaben von Bund und Land. Dies fängt bei der frühkindlichen Bildung an. Ausbau der Kitas, Anspruch auf einen Platz für Einjährige, Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes, Recht auf 7stündige Betreuung und Mittagsverpflegung. Weiter geht es mit dem Ausbau des Ganztagsangebotes an Grundschulen. Bei den weiterführenden Schulen wie auch bei den Grundschulen sollen Lernumgebungen geschaffen werden, die heutigen Bildungsanforderungen genügen. Ein Baustein: Der Digitalpakt Schulen. Er ist ein gutes Instrument. Er kann aber nur wirken, wenn der Antrag der Stadt Frankenthal bearbeitet und bewilligt wird. Noch verharrt er in den Mühlen der Landesverwaltung und wir warten bisher vergebens auf Freigabe der Mittel. Bei genauerer Betrachtung wird schnell klar, dass die Mittel aus dem Digitalpakt 1-4 ausreichend für eine Grundsteinlegung sind. Mehr nicht. Um alle Schulen immer auf Stand zu halten, kaputte Geräte zeitnah auszutauschen und einen guten Support bei der technischen Ausstattung sowie der Anwender-Betreuung zu gewährleisten, werden immense finanzielle Mittel notwendig sein.

Einer der größten Posten des städtischen Haushalts ist der Sozialhaushalt. Viele Pflichtaufgaben lasten auf diesem Bereich, steigende Kosten, teils durch neue Vorgaben, teils durch steigende Fallzahlen, die häufig nur schlecht refinanziert werden, bereiten uns hier Sorgen.

Doch wie dem Entgegenwirken? Verwaltung und Stadtrat müssen gemeinsam an einer nachhaltigen und lebenswerten Stadt arbeiten. An einer Stadt, in der man gerne wohnt und lebt. Mit guten Wohn- und Arbeitsverhältnissen, einem sozialen Miteinander, einer guten Verkehrs-, Versorgungs- und Digitalinfrastruktur. Bildungseinrichtungen, in denen man in einer angenehmen Umgebung gerne lernt erleichtern der jungen Generation den Einstieg ins Leben. Soziale, kulturelle und sportliche Elemente werden in Ihrer Wirkung häufig unterschätzt. Von der ADD als freiwillige Ausgabe abgestempelt, wird ihnen teilweise sogar die finanzielle Grundlage entzogen.

Unsere Politik – ob auf Bundes-, Landes- oder auch kommunalpolitischer Ebene - beschränkt sich nach wie vor viel zu häufig auf Reparaturmaßnahmen, statt präventiv zu agieren.

Und was erschwert die Situation zu all den genannten Punkten? Personalmangel! Ein Wort, das mich mittlerweile fast im Schlaf verfolgt. Es ist allgegenwärtig und nicht mehr auf einzelne Branchen beschränkt.

Die seit Jahren rückläufige Geburtenrate mit wenigen Ausnahmen, der demografische Wandel, Fehlsteuerungen im Bildungsbereich, eine schlechte Zuwanderungspolitik... Viel zu lange hat man auf der großen politischen Bühne die Augen davor verschlossen.

Rationalisierungsmaßnahmen waren über Jahrzehnte sozialer Sprengstoff. Verlust des Arbeitsplatzes gleich sozialer Abstieg. Heute betrachte ich Rationalisierung als Chance. Eine Chance, aus der Ressource Arbeitskraft zu schöpfen. Hier braucht es ein Umdenken. Vorhandene Arbeitskräfte und offene Arbeitsplätze müssen zueinander finden, ggf. mit Weiterbildung, Umschulung oder Anpassung des Arbeitsplatzes.

Dies gilt auch für die Verwaltung.

Mitarbeiter müssen ggf. in anderen Verwendungen eingesetzt und dafür geschult werden, weil Bedarfe sich ändern. Jede Stelle muss kritisch hinterfragt werden, weil andernorts dringend Arbeitskraft benötigt wird. Die vorhandenen Arbeitskräfte müssen möglichst zielführend eingesetzt werden. Und um mit den vorhandenen Mitarbeitern gute Leistungen zu erzielen, sind Maßnahmen zur Förderung, Weiterbildung, Mitarbeiterbindung und Mitarbeiterzufriedenheit wichtiger denn je. Denn nur ein zufriedener Mitarbeiter erzielt gute Ergebnisse.

An dieser Stelle möchte ich im Bereich des Stellenplanes eine Position hinterfragen. Die neue Einheit Katastrophenschutz. 8 Vollzeitstellen. Alles reine Verwaltungsmitarbeitende. Sicherlich braucht der Katastrophenschutz auch verwaltungserfahrene Mitarbeitende. Diese sollte aber auch durch diejenigen, die täglich an der Front sind und die Bedürfnisse der Einsatzkräfte kennen, sinnvoll ergänzt werden.. Wir gehen davon aus, dass zur Bildung der neuen Einheit der Rat der Katastrophenschutzverbände eingeholt und der Bedarf erfragt wurde.

Die FWG Fraktion wird dem Haushalt zustimmen. Ein positiver Abschluss ist ein gutes Zeichen für künftige Generationen, die unsere heutige Schuldenlast stemmen müssen.

Dennoch – es ist ein minimalistischer Haushalt. Die Investitionstätigkeit ist gering. Eine Verwaltung des Minimalen bildet der Haushaltsplanentwurf ab. Kein wirklicher Grund zur Freude.

Unser Appell gilt hier der Landespolitik: Arbeiten Sie weiterhin an der Entschuldung der Kommunen und einem besseren kommunalen Finanzausgleich. Lassen Sie die Städte aufatmen, sodass die Räte wieder gute Entscheidungen für Ihre Bürger treffen können.

Mein Dank gilt allen Mitarbeitenden der Verwaltung und der Eigenbetriebe. Lassen Sie uns in diesen turbulenten Zeiten gemeinsam und konstruktiv gute Lösungen für unser Frankenthal erarbeiten.

Ihnen allen wünsche ich im Namen der FWG Fraktion ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.